



Niederschrift

49. Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Mittwoch, 20.02.2008
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:30 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 1.077

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Frau Klotz, Ursula	DIE LINKE	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	Leitung der Sitzung
Herr Kümmel, Harald	SPD	
Herr Bretz, Steeven	CDU	Teilnahme bis 19:50 Uhr
Frau Lehmann, Sieglinde	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Arndt, Gerhard	BürgerBündnis	
Herr Schliepe, Gregor	Die Andere	
Frau Gülzow, Christine	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Kahle, Michael	DIE LINKE	
Herr Dr. Kwapis, Jörg	Die Andere	
Herr Stief, Norbert	SPD	
Herr Stolpe, Sven	DIE LINKE	
Herr Bogel-Meyhöfer	Staatl. Schulamt	
Frau Ewers, Josefine	FB Schule und Sport	
Herr Gessner, Torsten	BL Sport	
Frau Rom, Karin	FB Reg. Weiterbildung	
Herr Weiberlenn, Dietmar	BL Schule	
Frau Fischer, Gabriele	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Frau Knoblich, Hannelore	SPD	Unentschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	Unentschuldigt
Herr Becker, Stefan	BürgerBündnis/FDP	Entschuldigt
Herr Bohn, René	CDU	Unentschuldigt
Frau Hofmann-Lauer, Heike	CDU	Unentschuldigt
Herr Klamke, Volker	SPD	Unentschuldigt
Herr Rieger, Peter	DIE LINKE	Unentschuldigt
Herr Prof. Dr. Thiel, Wolfgang	Musikschule	Entschuldigt
Frau Dr. Voigtländer, Roswitha	FB Öff. Weiterbildung	Entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 48. Sitzung vom 23.01.2008, Bestätigung der Tagesordnung

- 2 Überweisungen aus der SVV
- 2.1 Nutzungs- und Gebührensatzung für das Wohnheim der Oberstufenzentren
Vorlage: 07/SVV/1038
Oberbürgermeister, FB Schule und Sport
- 2.2 Beauftragung eines privaten Gutachters zur Erstellung einer integrierten Kita-, Hort- und Schulentwicklungsplanung
Vorlage: 07/SVV/1137
Fraktion CDU, Fraktion SPD
- 2.3 Zukunftsschule - Stadtteilschule Drewitz "Am Priesterweg"
Vorlage: 08/SVV/0044
Fraktion SPD
- 2.4 Bürgerhaushalt 2008 - Liste der Bürgerinnen und Bürger
- 2.5 Regionales Kompetenzzentrum für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf Hören und Sprache
Vorlage: 07/SVV/1110
Fraktion DIE LINKE
in geänderter Fassung
- 2.6 Zügige Besetzung freier Schulleiterstellen
Vorlage: 07/SVV/1113
Fraktion DIE LINKE
- 2.7 Schulstandort für die Hoffbauer-Stiftung
Vorlage: 08/SVV/0054
Fraktion CDU
- 2.8 Preisgünstiger Transport von Kita-, Hort- und Schulgruppen
Vorlage: 08/SVV/0096
Oberbürgermeister, Bereich Beteiligungsmanagement
- 3 Mitteilung der Verwaltung
- 4 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 **Protokollbestätigung und Beschlusskontrolle der 48. Sitzung vom 23.01.2008, Bestätigung der Tagesordnung**
Zu Beginn der Sitzung sind 8 Ausschussmitglieder anwesend. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt.

Dr. Steinicke informiert, dass durch Mandatswechsel bei der Fraktion Die Andere zwei neue Mitglieder berufen wurden. Für Herrn Brödno kommt Herr Schliepe als Mitglied in den Ausschuss, Stellvertreter ist Herr Wendt. Anträge auf Rederecht liegen für TOP 2.4 laut Einladung für Frau Schrader und für TOP 2.6 laut Einladung für Frau Eichelbaum vor. Es gibt keine Gegenstimmen. Zum öffentlichen Teil der Niederschrift gibt es keine Änderungswünsche. Zum nicht öffentlichen Teil hat Frau Schulze eine Nachfrage, welche sie aber individuell klären wird. Deshalb erfolgte die Abstimmung nach TOP 4 im öffentlichen Teil der Sitzung. Aus der Beschlusskontrolle ergeben sich keine Probleme.

Frau Fischer bittet um Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte weil Mitarbeiter der Verwaltung in den Finanzausschuss müssen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte gegenüber der schriftlichen Einladung mehrheitlich zu.

Beschlusstext.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem öffentlichen Teil der Niederschrift der 48. Sitzung in der vorliegenden Fassung zu.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem nicht öffentlichen Teil der Niederschrift der 48. Sitzung in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis öffentlicher Teil:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 3

Abstimmungsergebnis nicht öffentlicher Teil:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 1

zu 2
zu 2.1

Überweisungen aus der SVV

**Nutzungs- und Gebührensatzung für das Wohnheim der Oberstufenzentren
Vorlage: 07/SVV/1038**

Frau Fischer informiert, dass der vorliegende Änderungsantrag nach den Diskussionen in den Fraktionen mit der Verwaltung besprochen wurde und so umsetzbar wäre.

Frau Schulze bringt folgenden **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE** ein:

Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE

1.) Der Artikel 1 wird wie folgt geändert:

c) In § 5 Abs. 3 wird nach der Gebührentabelle der Satz eingefügt:

Für die in § 1 Abs. 4 bezeichneten Schul- und Sportgruppen gelten die in den

gesetzlichen Ferienzeiten des Landes Brandenburg und an den Wochenenden

die gleichen Gebühren wie für den § 1 Abs. 1 bezeichneten Personenkreis.

2.) Der Artikel 2 erhält folgende Fassung:

In-Kraft-Treten

Die Satzung tritt zum 1. März 2008 in Kraft.

Es schließt sich eine kurze Diskussion an.

Frau Dr. Lotz stellt den **Geschäftsordnungsantrag: Einzelabstimmung der Punkte des Änderungsantrages.**

Es gibt keine Stimmen dafür oder dagegen.

Dr. Steinicke lässt den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmung Punkt 1) des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1

Abstimmung Punkt 2) des Änderungsantrages der Fraktion DIE LINKE:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 2

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport beschließt die Erste Satzung zur Änderung der Nutzungs- und Gebührensatzung für das Wohnheim der Oberstufenzentren der Landeshauptstadt Potsdam mit dem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 1
Stimmenthaltung: 1

Antrag geändert beschlossen

zu 2.2 Beauftragung eines privaten Gutachters zur Erstellung einer integrierten Kita-, Hort- und Schulentwicklungsplanung

Vorlage: 07/SVV/1137

Frau Lehmann erläutert das Anliegen des Antrages.

Frau Fischer erklärt, dass das Brandenburgische Schulgesetz regelt, dass der Schulentwicklungsplan durch den Schulträger vorzulegen ist. Die Landeshauptstadt Potsdam hat einen bis 2009 gültigen Schulentwicklungsplan, der entsprechend fortgeschrieben wird. Die Verwaltung wurde mit Beschluss der SVV vom Juni 2007 (DS 07/SVV/0182) beauftragt, erstmalig ab dem Schuljahr 2008/09 eine Kita-Planung für den Zeitraum von 5 Jahren vorzunehmen. Dafür war vom Fachbereich Schule und Sport bis Dezember 2007 eine sozialraumorientierte Grundschulplanung für einen Zeitraum von 5 Jahren vorzulegen. Die Grundschulplanung auf Grundlage der Geburtenstatistik vom 30.06.2007 und der aktuellen Statistik vom 20.09.2007 wurde dem Fachbereich Jugendamt bereits im Oktober 2007 zur Planung der Hortkapazitäten an den einzelnen Grundschulstandorten übergeben. Am 19. Dezember 2007 wurden der AG-Schulentwicklungsplanung die Datenblätter zur integrierten Planung vorgestellt. **Frau Fischer** hält es nicht für erforderlich, Geld für eine externe Schulentwicklungsplanung auszugeben. Die Mitarbeiter der Geschäftsbereiche 2 und 3 sowie des KIS haben genügend Sach- und Fachverstand, einen Schulentwicklungsplan im Dezember 2008 vorzulegen.

Frau Ewers stellt die vorliegenden Datenblätter der integrierten Planung vor.

Frau Fischer informiert über eine Ausschusssitzung beim Städte- und Gemeindebund. Dort wurde über den Aufbau kommunaler Schullandschaften berichtet. Die Erfahrungen der Landeshauptstadt Potsdam wurden interessiert aufgenommen. Potsdam ist schon weit voran gekommen. Es gibt Landkreise, die keine Schulentwicklungspläne haben.

Dr. Steinicke führt aus, dass die Schulentwicklungsplanung Kernaufgabe der

kommunalen Verwaltung sei. Die Aufgabe an private Dienstleister zu übergeben, schieße weit über das Ziel hinaus. Die Gelder sollten für die Finanzierung des Sanierungsstaus aufgewendet werden. Er bringt folgenden **Änderungsantrag** ein:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt sicherzustellen, dass die zuständigen städtischen Verwaltungseinheiten ein integriertes Kita-, Hort- und Schulentwicklungskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam erarbeiten. Neben den sozialräumlichen und pädagogischen Aspekten ist auch der Sanierungsstau in die Standortbetrachtung mit einzubeziehen. Über das Ergebnis ist in der SVV im September 2008 zu informieren.

Dr. Kwapis teilt die Meinung, dass die Aufgabe bei der Verwaltung bleiben muss.

Herr Bretz verweist u. a. auf das Beispiel Campus Kurfürstenstraße. Mit dem Antrag wolle man einen Anreiz liefern, das Thema durch Dritte produktiv voran zu bringen. Die Stadt gebe viele Gutachten in Auftrag und man sollte diese Ressource des externen Gutachtens nutzen. Das sei nicht als Misstrauen gegen die Verwaltung zu sehen.

Frau Drohla verweist darauf, dass man aus den AG- Schulentwicklungsplanung und AG Jugendhilfe-Schule wisse, warum die Planung nicht auf dem Tisch liege. Sie weiß aus den AG's, dass die Schulentwicklungsplanung aktualisiert und weitergeführt wurde. Sie fragt nach den zu erwartenden Kosten.

Herr Kümmel führt aus, dass es schwer falle der Fraktion und den Bürgern zu erklären, warum es die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes nicht gibt. Das Problem müsse gelöst werden. Die Informationen in der AG-Schulentwicklung seien gut, aber Schulentwicklung betreffe alle Stadtverordnete in den Wahlkreisen.

Frau Fischer meint, dass dies möglich sei.

Frau Klotz hinterfragt, was ein privater Dritter als Impulsgeber zwischen den Fachbereichen Schule und Sport, Jugendamt und KIS machen sollte. Impulsgeber für die Schulentwicklungsplanung sollte die Stadtverordnetenversammlung sein.

Herr Schliepe spricht sich gegen den Antrag 07/SVV/1137 aus. Vielleicht müsse man Verwaltungsabläufe ändern, aber die Schulentwicklungsplanung an einen Dritten zu geben, halte er für kontraproduktiv.

Frau Dr. Lotz hätte kein Problem damit, wenn die Verwaltung einen unabhängigen Gutachter hinzuzieht, aber die Erarbeitung sollte nicht weggegeben werden.

Herr Bretz führt aus, dass es auch um die Frage gehe, welche Schulstandorte langfristig entwickelt werden. Die Kita-, Hort- und Schulentwicklungsplanung interessiere die Bürger. Es gehe um inhaltliche Fragen, Standortfragen und um eine Perspektive.

Herr Kümmel erklärt, für die Schulentwicklungsplanung sei primär die Beigeordnete Frau Fischer zuständig. Die Stadtverordneten haben eine Verantwortung gegenüber den Bürgern. Die Verwaltung sollte im April 2008 einen Zwischenbericht vorlegen, mit den Datenblättern, die in der AG-Schulentwicklung vorlagen.

Frau Klotz wünscht einen schriftlichen Zwischenbericht der Verwaltung.

Herr Arndt spricht sich dafür aus, im Antrag der Fraktionen CDU und SPD das Wort „Erarbeitung“ durch „Mitwirkung“ zu ersetzen, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept zu erarbeiten und sich der Mitwirkung eines Dritten zu bedienen. Frau Fischer sollte eine Terminkette benennen, wann die Stadtverordnetenversammlung zu unterrichten ist. Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE würde keine neue Qualität in die jetzige Arbeit bringen.

Frau Gülzow verweist darauf, dass es einen genehmigten Schulentwicklungsplan für die Landeshauptstadt Potsdam bis einschließlich 2009 ohne Auflagen gibt. Jeder weiß, dass die Fortschreibung erfolgt, weil die Verwaltung den Plan fortschreiben muss. Ein Dritter könnte nichts anderes liefern und könnte auch unbequeme Entscheidungen nicht abnehmen.

Herr Bretz stellt den **Geschäftsordnungsantrag den Antrag 07/SVV/1137 durch den Antragsteller bis zur März Sitzung 2008 zurückzustellen.**

Frau Drohla spricht dagegen.

Dr. Steinicke lässt den Geschäftsordnungsantrag abstimmen.

Zustimmung: 5

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 0

Der Geschäftsordnungsantrag ist abgelehnt.

Dr. Steinicke lässt seinen Änderungsantrag mit dem zusätzlichen Satz „**Ein Zwischenbericht erfolgt im Ausschuss für Bildung und Sport im April 2008.**“ abstimmen.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt sicherzustellen, dass die zuständigen städtischen Verwaltungseinheiten ein integriertes Kita-, Hort- und Schulentwicklungskonzept für die Landeshauptstadt Potsdam erarbeiten. Neben den sozialräumlichen und pädagogischen Aspekten ist auch der Saniierungsstau in die Standortbetrachtung mit einzubeziehen. Über das Ergebnis ist in der SVV im September 2008 zu informieren. Ein Zwischenbericht erfolgt im Ausschuss für Bildung und Sport im April 2008.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 3

Antrag geändert beschlossen

zu 2.3 Zukunftsschule - Stadtteilschule Drewitz "Am Priesterweg"

Vorlage: 08/SVV/0044

Herr Kümmel bringt den Antrag ein. Die Lage im Stadtteil Drewitz sei bekannt. Die SPD-Fraktion hat dafür plädiert dafür, die Probleme anzugehen.

Frau Eichelbaum, Schulleiterin der Grundschule am Priesterweg, stellt die Lage dar. Im letzten Jahr sei sehr viel passiert. Das Modell Zukunftsschule hat in Drewitz schon begonnen. Es gibt bereits ein gegründetes soziales Netzwerk. Das Konzept sei nicht ohne Geld umzusetzen. Man benötige aber ein Startsignal der Landeshauptstadt Potsdam für die Umsetzung des Konzeptes Stadtteilschule. Gebraucht werde eine Planstelle für ein Quartiers-Management. Sie verweist auf Beispiele von Hoch Tief, die in dem SPD-Antrag genannt sind, in Berlin und

Mühlheim. Dort habe die ganze Maßnahme etwa 27,5 Mio. € gekostet, wovon 5,9 Mio. € von der Stadt zu tragen waren.

Frau Schulze informiert, dass der Antrag gestern im Ausschuss für Gesundheit und Soziales mehrheitlich positiv beschlossen wurde. Sie fragt nach Auswirkungen auf den normalen Schulbetrieb.

Herr Weiberlenn erklärt, dass ausgeschlossen werden müsse, dass es Auswirkungen negativer Art auf den Schulbetrieb gibt.

Dr. Kwapis begrüßt das Konzept.

Frau Fischer informiert, dass die Beigeordneten sich verständigt haben und sich Stadtkontor als Projektmanager vorstellen. Herr Dr. Baatz hebe sich damit schon einverstanden erklärt.

Herr Schweers erklärt, der Antrag greife Elemente auf, die in den Stadtteilkonferenzen schon erarbeitet wurden. Er sei sehr weitgehend gefasst und sieht Schule mit ihren Problemlagen. Es gebe bereits gute Ideen und Akteure. Es müsse ein Projektmanagement geben, um den Projektplan zu erarbeiten. Mit ein bisschen Zeit, könne es eine gute Sache werden.

Herr Kümmel schlägt vor, **den letzten Satz des Antrages** wie folgt zu **ändern: Ein erster Zwischenbericht ist der SVV im Juni 2008 zu geben.**

Die Ausschussmitglieder stimmen den geänderten Antragstext ab.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein Konzept für eine Stadtteilschule Drewitz am Standort der Grundschule „Am Priesterweg“ zu entwickeln. Dabei soll das Schulgebäude neben der Funktion als schulisches Ausbildungsgebäude die Funktion als Stadtteil-Begegnungszentrum übernehmen. An der konzeptionellen Entwicklung sind neben der Schulkonferenz der Grundschule „Am Priesterweg“ auch die vor Ort tätigen Träger und die Wohnungswirtschaft zu beteiligen.

Die Erarbeitung soll verwaltungsintern durch eine geschäftsbereichübergreifende Arbeitsgruppe erfolgen, der neben den Fachbereichen Schule, Sport, Kultur, Jugend und Soziales auch der KIS angehört.

Zur Finanzierung soll das Programm „Soziale Stadt“ sowie private Initiativen, wie das Projekt „Zukunftsschule“ des Bauunternehmens „Hochtief“ geprüft werden.

Ein erster Zwischenbericht ist der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2008 zu geben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 4

Antrag geändert beschlossen

zu 2.4

Bürgerhaushalt 2008 - Liste der Bürgerinnen und Bürger

Frau Fischer informiert, dass die Liste der Bürgerinnen und Bürger in alle Ausschüsse überwiesen wurde.

Dr. Steinicke erklärt, dass die ausgereichte Liste 20 Projekte enthält. Die Ausschusszuständigkeit tangiere die Punkte 4, 5 und 18. Diese sollte der Ausschuss

für Bildung und Sport im Sinne „Annehmen“ abstimmen.
Es schließt sich eine kurze Diskussion an. Zur Debatte stehen die Punkte 4, 5, 18 und 10.

Dr. Steinicke lässt abstimmen, welche Punkte Berücksichtigung finden sollen. Er lässt zu den vorgenannten Punkten einzeln abstimmen.

Punkt 4	Mehrheit ist dafür
Punkt 5	6 Stimmen Mehrheit ist dafür
Punkt 18	Mehrheit ist dafür
Punkt 10	2 Stimmen dafür/ 4 Stimmen dagegen , abgelehnt

Im Ergebnis verständigen sich die Ausschussmitglieder dazu, nur die Punkte abzustimmen, die in die Ausschusszuständigkeit gehören. Das sind die Punkte 4, 5 und 18

Votum des Ausschusses für Bildung und Sport:
Die Punkte 4, 5 und 18 der Liste der Bürgerinnen und Bürger werden angenommen.

Abstimmungsergebnis:
6 Stimmen dafür **mehrheitliche Zustimmung**

zu 2.5 Regionales Kompetenzzentrum für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf Hören und Sprache

Vorlage: 07/SVV/1110

Frau Drohla bringt den Antrag für DIE LINKE ein und **ersetzt** die Worte „zu prüfen“ **durch** das Wort „umzusetzen“.

Frau Schrader, Vorsitzende der Eltern und Schulkonferenz der James-Krüss-Schule (44), erhält Rederecht und begründet den Antrag der Eltern, die sich dafür aussprechen, die Förderschule für Sprache (James-Krüss-Schule) an die Wilhelm-von-Türk-Schule (42) anzugliedern. Dabei verweist sie auf bedürftige Kinder als Einzelfallentscheidung. Es gibt Kinder, die nicht in eine Integrationsklasse gehen können. Ziel ist der Erhalt des Standortes Bisamkiez mit Hort.

Frau Fischer erklärt, dass die Zusammenlegung dieser Schulen aus Sicht des Schulträgers begrüßt werde.

Herr Lenz, Schulrat im Staatlichen Schulamt Brandenburg an der Havel, führt aus, dass eine Weiterführung der Förderschule für sprachauffällige Schüler, wie im Antrag vorgesehen, über die 6. Klasse hinaus, nach Brandenburgischem Schulgesetz nicht möglich sei. Der Führung von Förderklassen für sprachauffällige Schüler an Grundschulen werde im Land Brandenburg Priorität eingeräumt. An der Grundschule 36/45 bestehen seit 10 Jahren Grundschulklassen mit speziell förderndem Profil. Er empfiehlt, die Kombiklassen in Förderklassen für Sprachauffällige umzuwandeln. Die Schule mit dem Förderschwerpunkt Sprache ist nach dem Brandenburgischen Schulgesetz eine Durchgangsschule. Danach ist es richtig, Förderklassen für sprachauffällige Schüler an eine Grundschule anzuknüpfen. Die Führung von kombinierten Förderklassen sei nicht fachgerecht. Sprachauffällige Kinder brauchen das Vorbild von Grundschulkindern. Das Staatliche Schulamt könne sich die Zusammenführung fachlich nicht vorstellen. Der Begriff Kompetenzzentrum ist im Land Brandenburg nicht definiert und wäre nicht zu vermitteln. Der zeitliche Ablauf bis zum nächsten Schuljahr sei zu eng. Die Erarbeitung der notwendigen Konzepte wäre nicht zu leisten. Er rät zu einer langsamen Herangehensweise und einer gründlichen Sicht der Gesamtsituation.

Frau Basekow erhält Rederecht als Mitglied der Schulkonferenz der James-Krüss-Schule. Sie informiert, dass die Eltern keine gemischten Klassen von sprachauffälligen und hörgeschädigten Kindern möchten. Die Kinder sollen in getrennten Klassen auf getrennten Gebieten gefördert werden, aber die Lehrer beider Schulen sollten sich organisatorisch vertreten können. An der James-Krüss-Schule gebe es keine Fachlehrer. Hier könnte man sich mit der Türk-Schule ergänzen und hätte einen Fachlehrerpool. Die Schule müsse nicht Kompetenzzentrum heißen, der Inhalt sei wichtig.

Herr Kümmel spricht sich für den Antrag aus. Die Situation der Schule könnte sich verbessern. Man sollte der Verwaltung den Auftrag erteilen, mit dem Staatlichen Schulamt in Kontakt zu treten und das Problem der Umsetzung zu lösen.

Frau Drohla meint, dass Staatliche Schulamt habe die Situation wesentlich verkompliziert. Es gab viele gemeinsame Sitzungen mit dem Jugendamt und dem Fachbereich Schule und Sport, um die Probleme zu lösen. Die Sache muss positiv zu Ende gebracht werden. Die zurückgehende Schülerzahl wurde vom Schulamt gesteuert. Das sei so nicht zu akzeptieren. Die Konzepte liegen vor. Die Darstellung von Herrn Lenz sei nicht nachzuvollziehen.

Frau Dr. Lotz fragt nach, ob es bei Beschlussfassung ein schulrechtliches Problem gäbe.

Frau Gülzow knüpft an die Ausführungen von Herrn Lenz an. Nach Gesetz könne man zwei Förderschulen zusammenlegen. Es handelt sich hier um Förderschulen mit unterschiedlicher Ausrichtung, die gemeinsam arbeiten sollen. Vorher muss das Konzept erarbeitet werden. Die Fortsetzung nach Jahrgangstufe 6 für einzelne Kinder könne man damit nicht erreichen. Man darf die Dinge nicht vermischen.

Frau Kapp, Schulleiterin der Wilhelm-von-Türk-Schule, wird Rederecht erteilt. Die Schule hat so, wie sie besteht, eine gute Tradition sowie gute sächliche und räumliche Voraussetzungen. Sie wurde 1990/91 als Förderzentrum für sprach- und hörgeschädigte Kinder übergeben. Alle Lehrer sind Hörgeschädigtenlehrer. Sechs Lehrer haben eine zusätzliche Ausbildung für den Förderschwerpunkt Sprache. Der Tenor an der Schule ist, die Ressourcen zu bündeln und die Probleme gemeinsam zu lösen.

Herr Lenz erklärt, dass die Schließung von zwei Förderschulen und die Errichtung einer fachübergreifenden Förderschule durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport genehmigt werden muss.

Frau Schulze bittet darum, den Ausschussmitgliedern die Stellungnahme des Staatlichen Schulamtes mit der Niederschrift auszureichen.

Herr Lenz hat keine Einwände.

Dr. Steinicke verliert den geänderten Text, wobei der letzte Satz laut Entwurf entfällt.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Zusammenlegung der Förderschule James Krüss (44) mit dem sonderpädagogischen Schwerpunkt Sprache und der Wilhelm-von-Türk-Schule (42) mit dem sonderpädagogischen

schem Schwerpunkt Hören zu einem „Regionalen Kompetenzzentrum für Kinder mit den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten Hören und Sprache“ für die Schüler der Jahrgangsstufe 1 – 10 zum Schuljahr 2008/2009 umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 1

Stimmenthaltung: 1

Antrag geändert beschlossen

zu 2.6 Zügige Besetzung freier Schulleiterstellen

Vorlage: 07/SVV/1113

Frau Klotz bringt den Antrag für die Fraktion DIE LINKE ein, der vier Schulen betrifft, die seit längerem kommissarisch geleitet werden. Man möchte wissen warum es so lange Übergangssituationen gibt.

Herr Bogel-Meyhöfer informiert, dass für die Karl-Foerster-Grundschule gegebenenfalls eine Ausschreibung vorgenommen werden kann. Gegenwärtig wird jedoch geprüft, ob Verwendungsansprüche vorliegen.. Für das Humboldt-Gymnasium und das Leibniz-Gymnasium laufen die Ausschreibungen. Die Besetzung wird zum kommenden Schuljahr erfolgen. Offen ist die Besetzung der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule, weil eine Schulleiterstelle nur besetzt wird, wenn die Schule langfristig sicheren Bestand hat. Wenn eine Gesamtschule von Gesetzes wegen zu einer Oberschule wird, verändert sich die Vergütung des Schulleiters. Deshalb wird bei der Steuben-Gesamtschule die Entwicklung abgewartet.

Herr Kümmel spricht sich dafür aus, mit dem Antrag keinen Druck auf die Verwaltung auszuüben.

Frau Fischer bemerkt, dass der Antrag durch die Berichterstattung des Staatlichen Schulamtes eigentlich erledigt sei.

Frau Klotz stellt fest, dass die DS 07/SVV/1113 durch Verwaltungshandeln erledigt ist.

zu 2.7 Schulstandort für die Hoffbauer-Stiftung

Vorlage: 08/SVV/0054

Frau Lehmann führt aus, die CDU-Fraktion habe den Antrag eingebracht, um zu ermöglichen, dass die Hoffbauer-Stiftung einen Schulstandort erhält und damit Planungssicherheit für das Schuljahr 2009/10 hat.

Herr Richter erklärt, dass das Vergaberecht dem entgegen steht. Vorbehaltlich der schulpolitischen Klärung könnte aus Sicht des KIS das Objekt ehemalige Marie-Curie-Schule ab Sommer 2008 und das Teilobjekt Burgstraße ab 2011/2012 einer anderen Nutzung zugeführt werden. Da beide Objekte einen erheblichen Sanierungsstau aufweisen, wird seitens des KIS nicht davon ausgegangen, dass eine langfristige Fremdnutzung auf der Basis von Mietverträgen erfolgen kann. Zur Sicherung der somit durch den Nutzer zu realisierenden notwendigen Investitionen müsste hierzu ein Eigentumsübergang (Verkauf oder Erbbaurecht) erfolgen.

Beim Objekt Burgstraße könnte die Veräußerung/Bestellung Erbbaurecht ohne förmliche Ausschreibung erfolgen, da auf Grund der zum Zeitpunkt der Veräußerung bereits abgeschlossenen Sanierung des verbleibenden städtischen Gebäudeteils, mit der Veräußerung keine Sanierungsverpflichtung verbunden sein

muss. Im Investitionsplan sind Mittel für die Sanierung bis 2011 vorgesehen. Beim Objekt ehemalige Marie-Curie-Schule, wird auf Grund des Sanierungsstaus des verbleibenden städtischen Gebäudeteils seitens des KIS das Ziel einer ganzheitlichen Standortentwicklung verfolgt. Auf Grund der begrenzten Investitionsmittel kann eine Sanierung des städtischen Gebäudes derzeit nicht gesichert werden. Somit könnte aus Sicht des KIS nur eine Veräußerung des Gesamtstandortes verbunden mit einer Gesamtanierungspflicht erfolgen. Der städtische Bedarf wäre dann über eine Rückmietung zu sichern. Dieses Geschäft unterliegt jedoch entsprechend der jüngsten Entwicklung der Rechtsprechung der Pflicht zur europaweiten Ausschreibung.

Es schließt sich eine kurze Diskussion der Ausschussmitglieder an.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 7

Stimmenthaltung: 2

Der Antrag DS 08/SVV/0054 ist abgelehnt.

zu 2.8 Preisgünstiger Transport von Kita-, Hort- und Schulgruppen

Vorlage: 08/SVV/0096

Frau Kofer vom Bereich Beteiligungsmanagement stellt die Prüfergebnisse der Mitteilungsvorlage vor. Grundsätzlich und finanziell sei eine kostenlose Beförderung für die Landeshauptstadt Potsdam nicht möglich. Sie stellt die in der Vorlage aufgeführten Angebote und Möglichkeiten vor.

Frau Schulze möchte bezogen auf den 3. Absatz von unten auf Seite 5 („In der Satzung über die Erstattung von Schülerfahrtkosten wird geregelt, dass Bedürftige das Ticket kostenlos erhalten“) wissen, wie viele Schüler dieses Angebot auf Antrag derzeit nutzen

Frau Ewers sichert die Beantwortung der Frage zu.

Herr Kümmel meint, dass das Schülerticket in der Landeshauptstadt Potsdam, vom Preis-Leistungs-Verhältnis gesehen, wahrscheinlich das Beste im Land Brandenburg sei.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage „Preisgünstiger Transport von Kita-, Hort- und Schulgruppen“ zur Kenntnis.

zu 3 Mitteilung der Verwaltung

Frau Fischer informiert, dass am Ende des Jahres die 4. Landessportkonferenz stattgefunden hat. Sie bietet an, dass Herr Gessner in der Ausschusssitzung am 19. März 2008 darüber berichtet und die Positionen der Stadt darstellt. Des weiteren liegt die Kooperationsvereinbarung Frühförderstellen im Entwurf vor. Dazu wird gerade mit dem Staatlichen Schulamt kommuniziert.

zu 4 Sonstiges

Frau Dohla erinnert an die Novembersitzung, in der sie darum gebeten hatte, eine Information über die Zusammenführung der Förderschulen 10 und 30 und einen Sachstand zur Entwicklung der Oberschule Theodor Fontane zu erhalten.

Herr Weiberlenn informiert, dass dieser Sachstand für die Sitzung am 19. März 2008 vorgesehen sei.

Dr. A. Steinicke

G. Wildgrube